



**PRESSEMAPPE**

**City of Change**

**Mai 2011**

Gülcan Akkaya, Timon Beyes, Daniel Binswanger, Balthasar Glättli, Philipp Gut, Gottlieb F. Höpli, Kurt Imhof, Beda Meier, Saida Keller-Messahli, Karin Keller-Sutter, Vica Mitrovic, Robert Pfaller, Lukas Reimann, Mark Terkessidis, Florian Vetsch, Cédric Wermuth und viele andere

**Künstlerische Leitung**

**Milo Rau/Marcel Bächtiger**

**IIPM**



„Mir bereitet es Sorgen, dass wir Abstimmungen und Wahlen durchführen, bei denen der eine Teil der Gesellschaft über den anderen bestimmt. Auf die Dauer ist der soziale Frieden in Gefahr, wenn ein Drittel der Bevölkerung vom demokratischen Prozess ausgeschlossen ist. Und das sage ich nicht als Ausländer, sondern als Schweizer.“

„Dreissig Prozent unserer Bevölkerung sind Ausländer. Es kann einer Stadt doch nicht egal sein, was diese Leute denken.“

„Partizipation ist gut, aber nicht genug. Ich fühle mich erst als Mensch, wenn ich ein Stimmrecht habe. Solange ich kein Stimmrecht habe, bin ich kein Mensch - ich gehöre nicht zu diesem Land und nicht zu dieser Gesellschaft.“

„Ich verstehe nicht, wieso wir Sonderregelungen für Ausländer erfinden müssen, die niemand versteht. Für mich ist die Sache klar: Der Ausländer hat die gleichen Rechte wie jeder andere auch, er darf ins Wahllokal, er darf sein Kreuz machen und seine Stimme abgeben – und damit basta.“

Stimmen an einem öffentlichen Diskussionsabend der städtischen Integrationsstelle im Waaghaus St.Gallen am 24. Januar 2010.

## „City of Change“ - Gemeinsam in die Zukunft!

**Trotz stagnierender Geburtenzahlen wächst die Bevölkerung der Schweiz immigrationsbedingt wie kaum eine andere Europas. Als direkte Folge aus dem gültigen Ausländerrecht bleiben so immer grössere Teile unserer Wohnbevölkerung vom politischen Leben ausgeschlossen. Gemäss der St. Galler Integrationsstelle hatte 2010 bereits ein Drittel der Bevölkerung kein Stimmrecht, dieser Prozentsatz steigt jährlich. Wie können wir gemeinsam die Spaltung unserer Gesellschaft verhindern?**



Der Mai 2011 soll zum Monat des Umdenkens werden: Das Pilotprojekt „City of Change“ will Verfahrenes zur Disposition stellen, utopische Denkräume öffnen und jenseits politischer Grabenkämpfe Lösungsmodelle entwerfen. Was mit dem „St. Galler Theaterskandal“ im Mai 2010 begann und mit Projektseminaren an der Universität St. Gallen (HSG) und der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) fortgeführt wurde, kommt nun in der „City of Change“ zur Entfaltung: Ganz St. Gallen soll zum Laboratorium einer weltoffenen Gesellschaft werden!

Eine Kampagne „Zur Rettung der Demokratie“ und eine Neuauflage des Videoclip-Klassikers „We are the world“, der von Künstlern und Musikern aller Kulturen eingespielt wird, sollen den öffentlichen Raum zurück erobern für eine streitbare, demokratische Kultur der Auseinandersetzung. Ein mit Einwohnern der Stadt besetztes „Government of Change“ wird gegründet, eine interaktive Homepage mit TV-Kanal sowie eine Folge von Happenings tragen seine Arbeit in die Welt. Anlässlich von drei internationalen Demokratie-Konferenzen schliesslich empfängt die „City of Change“ die Bevölkerung, um gemeinsam mit Gästen aus der Schweiz und ganz Europa die Demokratie der Zukunft zu entwerfen:

Wie können wir neu an die kosmopolitischen Traditionen unseres Landes anschliessen?

Wie können wir den veränderten Realitäten unserer Gesellschaft gerecht werden?

Wie können wir gemeinsam unsere Demokratie retten?

Als Gäste geladen sind: Gülcan Akkaya, Daniel Binswanger, Balthasar Glättli, Philipp Gut, Gottlieb F. Höpli, Kurt Imhof, Beda Meier, Saida Keller-Messahli, Karin Keller-Sutter, Vica Mitrovic, Robert Pfaller, Lukas Reimann Mark Terkessidis, Florian Vetsch, Cédric Wermuth und viele andere.

[www.city-of-change.ch](http://www.city-of-change.ch)

[www.international-institute.de](http://www.international-institute.de)

[www.theatersg.ch](http://www.theatersg.ch)

## Fahrplan

1. Mai 2011

*A Change is gonna come!*

Die Einsetzung des „Government of Change“ wird bekannt gegeben. Die Homepage [www.city-of-change.ch](http://www.city-of-change.ch) ist ab sofort aufrufbar und wird die St.Galler Stadtbevölkerung mittels Blogbeiträgen, Videobotschaften und Filmdokumentationen laufend über die Entwicklungen und die verschiedenen Aktionen der „City of Change“ informieren.

1. Mai 2011

„City of Change“ zu Gast bei der 1. Mai - Feier in Zürich: „Manifest gegen die Demokratiekrise. Für eine demokratische Erneuerung durch politische Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten.“ Vortrag, Film, Diskussion. 16.30 Uhr, Festareal, Zürich.

1. – 31. Mai 2011

*I'm Missing You, Democracy!*

Mit einer breit angelegten Unterschriftensammlung kann sich die Bevölkerung von St.Gallen während einem Monat an der Petition zur Rettung der Demokratie in St.Gallen beteiligen. Die Petition wird am 31. Mai dem St.Galler Kantonsrat übergeben.



12. Mai 2011

*Werden Sie gewählt!*

Die neodemokratische Wahlmaschine nimmt ihren Betrieb auf. Über ein anonymisiertes Losverfahren werden aus der gesamten in der Stadt St.Gallen ansässigen Wohnbevölkerung – unabhängig ihrer Nationalität oder Herkunft – weitere Mitglieder des „Government of Change“ ermittelt. Die gewählten Regierungsmitglieder nehmen ihre Exekutiv-Tätigkeit per sofort auf und verfügen über uneingeschränkte Gestaltungsmacht in ihrem jeweiligen Departement.

13. Mai 2011

*We are the world!*

Der am 12. Mai neu gewählte Kulturminister des „Government of Change“ initiiert eine Neuauflage des Musikvideo-Klassikers „We are the world“. Der Clip entsteht in Zusammenarbeit mit St. Galler Künstlern und Musikern aus allen Kulturen.

14. Mai 2011

„City of Change“ zu Gast beim Sozial- und Umweltforum Ostschweiz SUFO: „Demokratie der Anwesenden oder Abschaffung der Demokratie?“ 10 Uhr, Kirchgasse 15, St. Gallen.

16. Mai 2011

*Gemeinsam in die Zukunft!*

Auf dem Klosterplatz St. Gallen findet die feierliche Verlesung des „City of Change“-Manifestes durch den Präsidenten des „Government of Change“ statt. Anschliessend formiert sich eine „Karawane der Freiheit“ durch die Innenstadt zum provisorischen Regierungssitz in der Lokremise. In einem zeremoniellen Akt wird die „City of Change“-Flagge gehisst.

**10. Mai 2011**

*Diskutieren Sie mit!*

Um 20 Uhr findet die erste Demokratie-Konferenz in der Lokremise statt. Die St.Galler Bevölkerung ist eingeladen, mit Experten und Politikern aus dem In- und Ausland zum Thema „Integration heute – Freiheit oder Zwang?“ zu diskutieren.

Gäste: Balthasar Glättli, Philipp Gut, Saida Keller-Messahli, Vica Mitrovic, Beda Meier

**20. Mai - 3. Juni 2011**

*Join us!*

Das „Government of Change“ öffnet seine Türen: Täglich von 16 bis 20 Uhr können die Text-, Video- und Fotoarchive der „City of Change“ besichtigt, das „Change TV“ bei der Arbeit beobachtet und Videobotschaften hinterlassen werden. Das Kabinettssekretariat freut sich auf Ihren Besuch!

**24. Mai 2011**

*Welcome to the Liberation Camp!*

An einem passenden Ort in St. Gallen wird das „Liberation Camp“ eröffnet, das für die nächsten zehn Tage Informationsstelle und Kampagnenzentrum sein wird und als Bar und Aufenthaltsort allen Interessierten offensteht. Das Fest zur Eröffnung des Camps wird eingerahmt von einer symbolischen Einbürgerung sowie der feierlichen Pflanzung der „Blumen der Demokratie“.



**27. Mai 2011**

*Diskutieren Sie mit!*

Um 20 Uhr findet die zweite Demokratie-Konferenz in der Lokremise statt. Die St.Galler Bevölkerung ist eingeladen, mit Experten und Politikern aus dem In- und Ausland über die „Utopie der Interkulturalität“ zu diskutieren.

Gäste: Gülcan Akkaya, Karin Keller-Sutter, Lukas Reimann, Mark Terkessidis, Cédric Wermuth

**28. Mai 2011**

Die „Erfreuliche Universität“ (Palace) lädt zur Diskussion mit dem Autor und Migrationsforscher Mark Terkessidis. 20 Uhr, Blumenbergplatz, St. Gallen.

**2. Juni 2011**

*Make it real!*

Die letzte Amtshandlung des „Government of Change“ richtet sich an die offizielle Politik: Nach einem Marsch von der Lokremise zum Regierungsgebäude wird die Petition zur Rettung der Demokratie in St.Gallen an den St. Galler Kantonsrat übergeben.

**3. Juni 2011**

*Diskutieren Sie mit!*

Die „City of Change“ verabschiedet sich mit einer letzten Demokratie-Konferenz. Unter dem Titel „Kunst und Öffentlichkeit“ ist die St.Galler Bevölkerung eingeladen, gemeinsam mit Experten aus dem In- und Ausland über die zwei vergangenen Aktionswochen der „City of Change“ zu diskutieren. Gäste: Daniel Binswanger, Gottlieb F. Höpli, Kurt Imhof, Robert Pfaller, Florian Vetsch.

## Hintergrund

„Die Ausdehnung der vollen Bürgerrechte auf Zuwanderer mag wie eine generöse, anerkennende Geste eines Staates erscheinen, der sich zum Wohlstand noch Toleranz leistet. Tatsächlich ist sie jedoch aus anderen Gründen nötig: Ohne sie würde eine Demokratie sich selbst zurücknehmen und untergraben.“

Daniel Cohn-Bendit

St. Gallen, im Mai 2010: Die Ankündigung einer „theatralen Ausstellung“ über die gesellschaftspolitischen Folgen eines als „St. Galler Lehrermord“ in die Mediengeschichte eingegangenen interkulturellen Kriminalfalls – der Ermordung eines Lehrers durch einen Kosovoalbaner im Jahr 1999 – führt zu einem Skandal. Aus Missverständnissen wird eine nationale Medienkampagne. Eine Stadt läuft Sturm und bedroht die Projektbeteiligten in Briefen und Anrufen. Um weitere Ausschreitungen zu verhindern, sieht sich das St. Galler Theater gezwungen, das geplante Projekt noch vor Beginn der ersten Recherchen abzusagen. Anstelle dessen werden drei Diskussionen zum Thema Immigration und Gesellschaftspolitik angekündigt – während dem Stadtparlament bereits eine Eingabe der CVP zum Verbot des Stücks vorliegt.

Innerhalb einer einzigen Woche wurde so in St. Gallen Wirklichkeit, was der Soziologe Richard Sennett als „Zerstörung des öffentlichen Raums“ beschrieben hat: Mit dem irreführenden Argument, die Gefühle der Hinterbliebenen könnten verletzt

werden, wurde die eigentlich angestrebte Debatte über ein Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft und die offene Diskussion zwischen ihren verschiedenen Protagonisten verhindert. Die kritische Öffentlichkeit meldete sich erst spät und tief enttäuscht über die vergebene Chance zu Wort. „Seit es Theater gibt, werden auf der Bühne gesellschafts- und kulturpolitische Stoffe verhandelt“,

sagte etwa Vica Mitrovic gegenüber dem St. Galler Tagblatt. „So etwas unterbinden zu wollen, ist entweder Diktatur oder dann sehr provinziell.“

Mit dem Projekt „City of Change“ will das „IIPM – International Institute of Political Murder“ gemeinsam mit dem Theater St. Gallen und weiteren Partnern aus der Stadt sowie auswärtigen Gästen

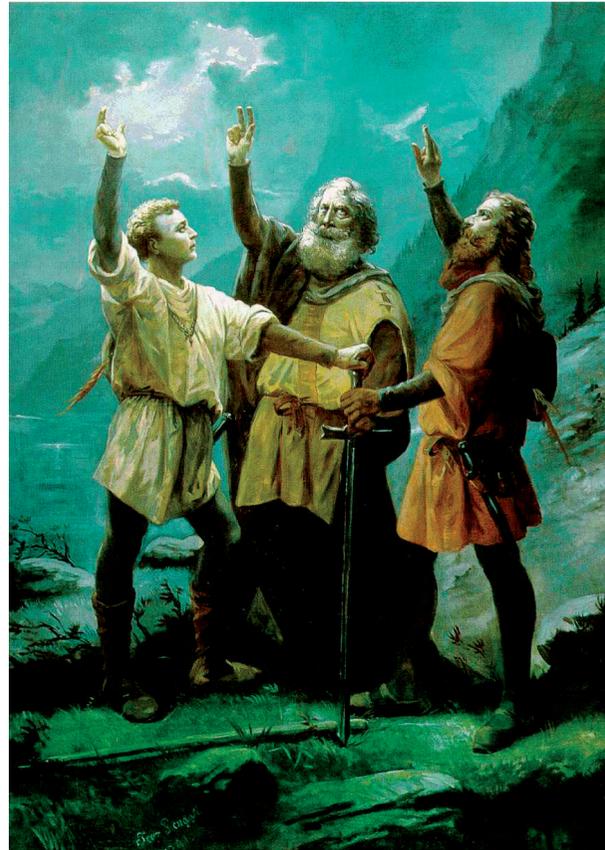


den durch den missverständlichen Skandal verhinderten Fragestellungen im Rahmen einer Petition und zwei Projektwochen eingehend nachgehen: Ist die Schweiz ein Vielvölkerstaat? Wie können wir mit Konflikten kreativ umgehen? Was ist die Rolle der Kunst in einer sich wandelnden Gesellschaft? Und wie können wir gemeinsam einen freien Diskussions- und Handlungsraum schaffen, der sich demokratisch behauptet gegen Missverständnisse und Ängste, wie sie im „St. Galler Theaterskandal“ ein gespenstisches Eigenleben führten?

In Vorbereitung und im Verlauf der drei angekündigten Demokratie-Konferenzen im Mai/Juni 2011 sollen mögliche Formen einer von überkommenen Zwängen und Vorurteilen befreiten Demokratie diskutiert und in der Form eines Pilotprojekts erprobt werden. Von der interaktiven Homepage zur Stadtraumintervention, von der Formulierung und performativen Verbreitung eines gesellschaftspolitischen Utopiepapiers über einen interkulturellen Videoclip bis zum konkreten Entwurf einer zukünftigen, weltoffenen Gallusstadt verwandeln sich für zwei Wochen verschiedenste Akteure aus St. Gallen, der Schweiz und Europa zu Architekten der „City of Change“.

Doch die „City of Change“ versteht sich nicht nur als Kunst- und Diskursprojekt, sondern vor allem als Anstoss zu einer Rückbesinnung auf die demokratischen Tugenden unseres Landes. Denn was im Rahmen des „St. Galler Theaterskandals“ im Klei-

nen vorgeführt wurde, ist im Grossen längst zur traurigen Gewohnheit geworden. Scheinbar unkontrollierbare Medien- und Abstimmungskampagnen



verhindern den Blick auf die Realitäten einer in kreativer Vielheit explodierenden Gesellschaft, die nur darauf wartet, mit gemeinsamen Kräften die Türen zur Zukunft aufzustossen. Doch gleichsam als wäre sie in einen tiefen Schlaf gefallen, ist aus der ältes-

ten Demokratie der Welt unmerklich eine Nation der freiwillig und ziellos Unfreien geworden, in der bereits ein Drittel der Menschen keine politischen Rechte mehr hat. Diesen Trend zu durchbrechen, hat sich die „City of Change“ auf die Fahnen geschrieben: Zurück zu den Wurzeln unserer Demokratie, zurück zum stolzen Fest der Ideen und Entwürfe, zurück zur selbstbewussten und angstlosen Gemeinschaft der Gleichberechtigten!

Von universalem Anspruch und doch auf die Ansprüche eines jeden zugeschnitten: So ist die Demokratie, so will auch die „City of Change“ sein. Gerade deshalb ist die Rückbindung an national und europaweit geführte Diskussionen und Überlegungen zur Wiederbelebung der Werte einer wahrhaftigen „Herrschaft der Bevölkerung“ im Sinne der Französischen Revolution ebenso wichtig wie die Verortung des Projekts im heimatlichen Raum: in der Schweiz, im Dreiländereck, in St. Gallen. Denn die Kloster-, Textil-, Bücher- und Universitätsstadt, seit dem hohen Mittelalter ein Meltingpot der Lebens- und Zukunftsentwürfe, seit der Renaissance ein Mekka des aufklärerischen genauso wie des traditionsbewussten Geistes, ist eine Metropole von kosmopolitischem Format. Was in St. Gallen geschieht, geschieht überall. Und was die St. Galler tun, tut vielleicht bald ganz Europa.

## Petition

Gemeinsam in die Zukunft: Die „Petition zur Rettung der Demokratie in St. Gallen“ fordert ein Stimmrecht für die ganze Bevölkerung. Als erster Kanton in der ganzen Schweiz soll St. Gallen eine zeitgemässe Verfassung erhalten!



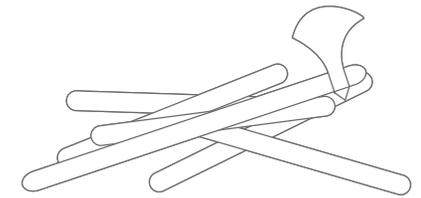
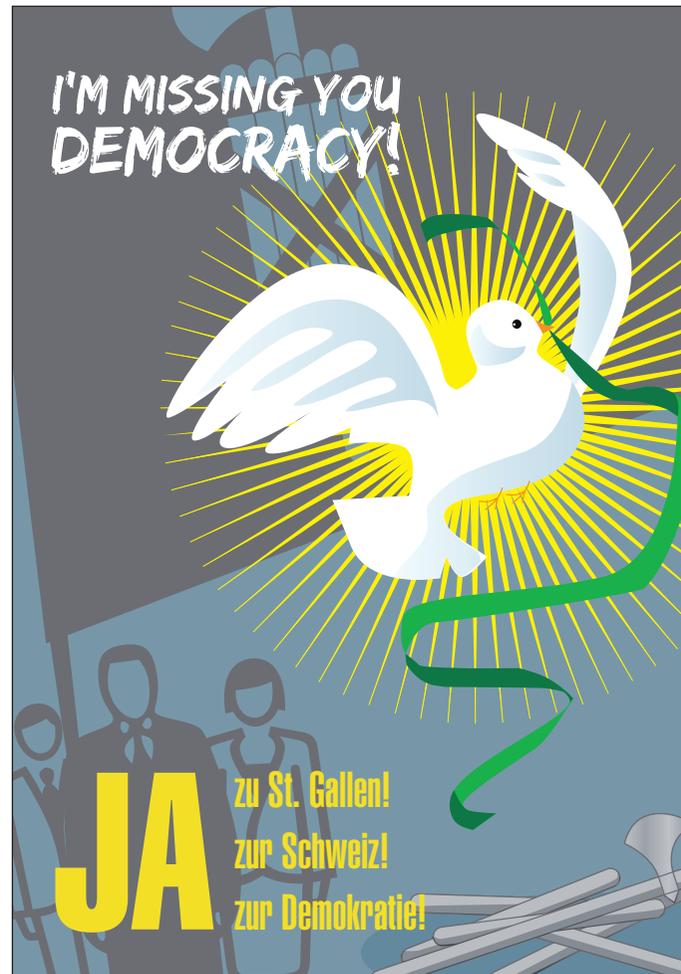
### Die Taube der Freiheit

Die Freiheit ist unser höchstes Gut. Doch Freiheit ohne Gleichberechtigung bedeutet die Herrschaft der einen über die anderen. Wir fordern deshalb gleiche politische Rechte für alle St. Gallerinnen und St. Galler!

### Ein dreifaches JA zur Demokratie

Bereits dreissig Prozent der St. Gallerinnen und St. Galler haben kein Stimmrecht mehr: Zustände wie im Zeitalter des Feudalismus! Nur gemeinsam können wir unser Land vor einer neuen Oligarchie retten. Ein dreifaches JA zu St. Gallen, zur Schweiz und zu unserer Demokratie!

# JA



### Das gelöste Rutenbündel

Unsere Zukunft gehört der demokratischen Vielheit, nicht der erzwungenen Einheit. Wir müssen neu an den stolzen Individualismus unserer Vorfahren anknüpfen. Eine offene Gesellschaft braucht eine neue Fahne!

### Die blinde Masse

Der gesellschaftliche Wandel erzeugt Angst - und nährt den Wunsch nach beständigen Symbolen. Aber wer sich auf seiner Vergangenheit ausruht, wird blind für die Gegenwart. Es ist Zeit, uns an den Kampfgeist unserer Staatsgründer zu erinnern! Die Zukunft gehört den Wagemutigen!



# I'M MISSING YOU DEMOCRACY!



## Petition zur Rettung der Demokratie in St. Gallen

*„Brüder, im Namen Gottes stehen wir hier und reichen einander die Hände. Ein Wille, ein Ziel einigt uns: Frei wollen wir sein!“*

Aus dem Rütli Schwur

Trotz stagnierender Geburtenzahlen wächst die Bevölkerung der Schweiz wie kaum eine andere Europas. Gerade Grenzregionen wie St. Gallen sind durch Migration von einem tiefgreifenden demographischen Wandel betroffen. Als direkte Folge davon sind immer grössere Teile unserer Wohnbevölkerung vom politischen Leben ausgeschlossen. In St. Gallen ist bereits ein Drittel der ansässigen Bevölkerung ohne Stimmrecht!

Wir stellen fest: Die älteste Demokratie, die vor 720 Jahren begonnen hat, sich der Willkür der Landvögte zu entziehen, das freiheitlichste Staatswesen, das über ein Jahrhundert das liberale Vorbild für ganz Europa gewesen ist, ist in Gefahr. Es ist an der Zeit, dass wir Schweizerinnen und Schweizer, wir St. Gallerinnen und St. Galler wieder an unsere grossen demokratischen und aufklärerischen Traditionen anknüpfen und ein Zeichen setzen:

**JA** zu St. Gallen!  
zur Schweiz!  
zur ältestesten Demokratie der Welt!

Freiheit ist anstrengend. Unsere Vorfahren setzen für unsere Demokratie ihr Leben ein, und an die Stelle der überkommenen Hoheitszeichen setzten sie das Schweizer Kreuz: Ausdruck einer freien, selbstbestimmten Bevölkerung! Wer aber diese kämpferischen Traditionen vergisst und sich stattdessen auf immer fragwürdigeren Werten und Symbolen ausruht, wird seine Freiheit verspielen. Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn sie radikal die Würde jedes einzelnen Menschen ins Zentrum stellt. Diese Würde findet in einer Demokratie im Stimm- und Wahlrecht ihren Ausdruck, denn Freiheit ohne Gleichberechtigung bedeutet Herrschaft der einen über die anderen.

### Deshalb fordern wir:

- Ein voll umfängliches Stimm- und Wahlrecht für alle mündigen, in St. Gallen wohnhaften Menschen!
- Neu gestaltete Auswahlverfahren für unsere demokratischen Gremien und Räte, die eine möglichst hohe Repräsentationsgerechtigkeit garantieren!
- Neue demokratische Symbole, Feiern und Rituale, die der Realität unserer Gesellschaft entsprechen!
- Eine den demokratischen Grundwerten verpflichtete Strassenbeschriftung und Denkmalpolitik, die die Traditionen der tatsächlich ansässigen Bevölkerung berücksichtigen!
- Eine neue Fahne für St. Gallen, die das nicht mehr zeitgemässe Rutenbündel durch ein positives und zukunftsgerichtetes Symbol ersetzt!

### Gemäss den obigen Punkten stellen wir folgende Petition:

**Die Einsetzung einer Expertenkommission mit Vertretern aus allen Bevölkerungsteilen zur Erarbeitung einer zeitgemässen demokratischen Kantonsverfassung!**

## Gespräch mit der künstlerischen Leitung „CITY OF CHANGE“

Sie planen ein Projekt, das sich „City of Change“ nennt. Was bedeutet dieser Titel?

„City of Change“ steht für St.Gallen als Stadt des Wandels, ein Wandel hin auf einen Zustand, der die gesellschaftliche Realität nicht länger ausblendet, sondern sie anerkennt. St.Gallen hat wie die meisten Schweizer Städte oder Kantone eine Demokratie, in der nahezu ein Drittel der mündigen Bevölkerung ausgeschlossen ist von ihren politischen Rechten. „City of Change“ will Möglichkeiten aufzeigen, der ursprünglichen Idee von Demokratie - der Universalität - gerecht zu werden. Es geht darum, wieder eine Demokratie zu haben, die alle einschliesst, die hier und jetzt leben.

„Ein Begriff, der in der Schweiz in diesem Zusammenhang von enormer politischer Kraft ist, ist jener der Integration. Er ist widersprüchlich und bleibt letztlich höchst undefiniert. Was heisst Integration in der „City of Change“?

In einer funktionierenden Demokratie wird die Frage, in was zu integrieren ist, weitgehend offen gehalten. Sinn der Französischen Revolution war es ja, dass nicht mehr nur gewisse Schichten (der eingeborene Adel und das Grossbürgertum), sondern eben die gesamte Bevölkerung an den politischen Entscheidungen Anteil hatte. Demokratie ist deshalb kein Zustand, sondern der ständige Versuch, die Ein- und Ausschlussmechanismen öffentlich zu verhandeln und den Realitäten der Bevölkerung anzupassen. Was wir aber im Moment erleben, ist das Gegenteil davon. Insbesondere nach den letzten Abstimmungen scheint uns der Integrationsbegriff nur noch ein Mittel zur Herrschaft der Eingeborenen über die Hinzugekommenen zu sein. Hinter den Kulissen einer leer laufenden Demokratie ist ein neuer „Dritter Stand“ entstanden.

Keine guten Noten für die hiesige Demokratie?

Im Hinblick auf die Werte der französischen Revolution ist die Demokratie in der Schweiz real abgeschafft. Sie lebt fort als Legitimationsmaschine für den status quo. Was wir in Wirklichkeit leben, ist eine ethnische Demokratie, die ihre Wahrheiten nicht in der konfliktuellen Praxis der Aushandlung findet, sondern in Begriffen wie „Volksentscheid“ und letztlich „Volksgemeinschaft“. Was wir fordern, ist eine zweite Aufklärung. Wir fragen uns: Wie muss eine Demokratie funktionieren, damit sie mit den Realitäten aller, die hier leben, umgehen kann und sie nicht negieren muss?

Sie haben vorhin den Begriff der „ethnischen Demokratie“ gebraucht. Können sie den kurz erläutern?

Die ethnische Demokratie lässt automatisch alle, die eine bestimmte Abstammung vorweisen können, an den politischen Rechten teilhaben. Alle anderen werden ausgeschlossen. In der Schweiz tut man so, als wäre das etwas Gewachsenes und Normales. Verglichen mit dem Anspruch der Schweiz, eben keine rassistisch begründete, sondern eine Willens- und Kulturturnation zu sein, ist das Unsinn. Denn wie verträgt sich „Wille“ mit „Abstammung“, ohne in abstruse Adelstheorien hineinzukommen?

Welches wäre denn in der „City of Change“ ein gültiges Zulassungskriterium?

Prinzipiell reicht die physische Anwesenheit: dass man hier ist – und nicht woanders. Keine wie auch immer gearteten Kriterien sollten dieses einfache Prinzip der Anwesenheit unterlaufen. Alles andere folgt aus diesem grundsätzlichen demokratischen Prinzip.

Was müssen die St.Galler und St.Gallerinnen von der „City of Change“ erwarten?

Sie werden konfrontiert werden mit der Wirklichkeit. Sie werden Zahlen und Dinge hören, von denen sie zwar zu wissen glaubten, aber sie werden sie auf eine Weise hören, dass sie ihnen greifbar werden.

Die Hoffnung ist, St. Gallen zu einer befreiten Stadt im Sinn der Französischen Revolution zu machen.

Wie wollen sie diesen Umschwung herbei führen?

Zunächst wollen wir das Missverhältnis zwischen imaginierten und tatsächlicher demokratischer Realität so drastisch wie möglich aufzeigen. Zum Zweiten setzen wir auf der utopischen Ebene an. Die erneuerte Demokratie wird neue Fahnen haben und neue demokratische Rituale vorführen: zum Beispiel die feierlich inszenierte Übergabe des Bürgerrechts an neu Zugezogene. Die Demokratie soll durch eine Verjüngungskur zu den sprudelnden Quellen ihrer universalen Herkunft zurückgeführt werden. Eine Demokratie wird gezeigt werden, deren strahlende Aura den Glauben der Leute an die Funktionstüchtigkeit ihrer Verfahren zurückbringen wird: eine Demokratie, die die Konflikte und Gegensätze real austrägt und nicht in perfekten Verwaltungstechniken und hysterischen Kampagnen versenkt.

Wieso braucht es dazu eine neue Fahne?

Das St.Galler Wappen ist entstanden im Zuge der französischen Revolution, im Übergang von einer ständischen Gesellschaft zu einer bürgerlichen. Es trägt zentral das Rutenbündel und die Revolutionsfarbe grün. Das Rutenbündel mit dem Richtbeil ist die Symbolik für das weltliche Recht und das Zusammenstehen gegen die Bedrohung von aussen. Auch stand es für die Aufgabe, die unterschiedlichsten Regionen im neuen Kanton zusammenzuschneiden. Aber durch die Verwendung des Rutenbündels im italienischen Faschismus und durch die Weigerung der Politik, die neuen Realitäten in der Zusammensetzung der Bevölkerung anzunehmen, hat es diesen heroisch-republikanischen Gerechtigkeitscharakter eingebüsst. Das Beil ist strafend geworden, eines, das eine überkommene Zwangsgemeinschaft beschützt. Es ist keine Axt mehr, womit sich ein Weg in die Freiheit schlagen liesse. Wir glauben deshalb,

dass die Zeit gekommen ist, die ursprüngliche Aussage dieses Wappens wieder ernst zu nehmen: als Auftrag, gemeinsam und in Freiheit zu leben. Denn dieses Wappen hat ja seinerseits ein altes weggeschwächt, als eine neue Zeit gekommen war.

„Es wird immer wieder auf die realen Ängste der Leute hingewiesen: vor Identitätsverlust, vor einer unverbindlichen Mischkultur usw. Wie wollen Sie den Leuten diese Ängste nehmen?“

Angst gibt es immer. Aber es braucht die Bearbeitung, Formung und Verwandlung dieser Angst. Das Resultat dieses Prozesses nennen wir Kultur. Das sind nicht nur Denkmäler, sondern auch Dinge wie Respekt, Höflichkeit, Gastfreundschaft und Zurückhaltung. Wir sollten uns bewusst sein, dass die Kultivierung der Angst, wie sie nun seit Jahren in Kampagnen betrieben wird, unsere schweizerische Kultur der Freiheit gelähmt und grundsätzlich in Frage gestellt hat. Demokratie heisst Mut, heisst Offenheit. Demokratie setzt die Konfrontation mit dem Realen voraus. Diese Konfrontation herbeizuführen, ist das Ziel der „City of Change“. Wo, wenn nicht in der Schweiz?

*Das Gespräch führte Brigitte Herrmann.*



## Gespräch mit dem Interkultur-Spezialisten Mark Terkessidis

In der Schweiz hat ein ständig wachsender Bevölkerungsteil keine politischen Rechte mehr. Anstatt aber auf diese Realitäten zu reagieren, wird die Tendenz zu einer Zweiklassengesellschaft immer weiter vertieft. So wurden in den letzten Jahren zentrale, seit der Überwindung des Feudalismus stolze bewahrte demokratische Grundwerte wie die Religionsfreiheit und die Gleichheit vor dem Gesetz im Rahmen der sogenannten „Minarett-“ und der „Ausschaffungsinitiative“ annulliert. Woher kommt dieses Verhalten?

Um es mal möglichst provokant auszudrücken: Die weisse Oberschicht in der Republik Südafrika hatte ja auch sehr lange Zeit kein Problem damit, sich eine Demokratie ohne Einbeziehung der schwarzen Bevölkerung vorzustellen - und das gegen den Widerstand der halben Welt. Es gibt in jeder Gesellschaft bestimmte Gruppen mit Privilegien, und es wäre sehr blauäugig zu glauben, dass diesen Gruppen das Gemeinwohl stärker am Herzen liegt als eben diese Privilegien. In der Schweiz kommt hinzu, dass man sich durch das lange Festhalten an der Idee des „Saisonniers“ Einwanderer tendenziell nur als „Konjunkturpuffer“ vorstellen konnte: Leute, die nach Bedarf den Müll weg bringen. Seit einigen Jahren aber verschieben sich die Verhältnisse: Einwanderer sind besser qualifiziert, tauchen als Konkurrenten auf und stellen Ansprüche, etwa nach Gleichberechtigung von Glaubensbekenntnissen. Vor diesem Hintergrund hat die Auseinandersetzung eine hysterische Komponente bekommen. Max Frisch hat ja im Grund vor einem halben Jahrhundert schon alles dazu gesagt: „Wovon ist die Rede? Vom Bestand, der zu schützen ist, nie von einem Entwurf, der zu verwirklichen wäre.“

Was sind denn die Dinge, die zu verwirklichen sind?

Die herrschende Meinung würde wohl sagen: Integration. Aber das ist kein Entwurf für die Zukunft, sondern antiquiertes Denken aus den 1970er Jahren.

Warum?

Das Modell der Integration geht davon aus, dass bestimmte Gruppen Defizite haben und dass man diese Defizite kompensatorisch beseitigen muss. Dieses Denken hat eine Helferindustrie etabliert, die sich längst verselbstständigt hat. Denn wenn ich eine Sonderschule habe, dann brauche ich eben auch Leute, die auf die Sonderschule gehen.

Und was wäre eine Alternative?

Das von mir vorgeschlagene Modell der Interkultur geht nicht von Gruppen, sondern von Individuen und ihren Potenzialen aus – und stellt an die Institutionen die Forderung, dass diese Individuen ihre Potenziale ausschöpfen können. Um noch einmal das Beispiel der Schule zu nehmen: Man kann eine Sprachkompetenzstudie machen, die nur Defizite misst und dann eine Sonderklasse einrichten, in der diese Defizite kompensiert werden. Oder man anerkennt, dass alle Kinder unterschiedliche Voraussetzungen haben, was Sprache angeht (und das betrifft nicht nur die „ausländische“ Bevölkerung) und stellt sich darauf ein, eine individuelle Förderung in den Regelbetrieb zu integrieren. Eine weitere interessante Frage wäre, wie ich den Geschichtsunterricht neu strukturiere, wenn in einer Stadt wie z. B. Frankfurt am Main 67% der Kinder unter sechs Jahren mindestens ein Elternteil haben, das selbst noch eingewandert ist. Da kann es nicht mehr um die Rekonstruktion und Erzählung „unserer“ geteilten Vergangenheit gehen. Da geht es darum, wie ich diesen Kindern vermittele, dass ihre jeweiligen Geschichten eine „Vielheit“ bilden, die in ein Gemeinschaftsleben der Zukunft einfließen.

Produktive Vielheit statt erzwungene Einheit: Mit

was für Symbolen und Praktiken kann eine demokratische Gemeinschaft darauf reagieren?

Symbole der Vielfalt gibt es viele - das weiss man ja gerade in der Schweiz. Es ist schlicht und einfach eine Frage des politischen Willens, wer einbezogen wird. Deshalb glaube ich, dass diese Symbole nicht am grünen Tisch entwickelt werden können. Im Gegensatz dazu müssen Plattformen geschaffen werden – offene Räume, die sich nicht am Vorbild der repräsentativen Plätze des 19. Jahrhunderts orientieren. Ein Modell wäre zum Beispiel der Görlitzer Park im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Im Sommer wird der überfüllte Park zu einer Fläche, auf der alle Formen von „everyday urbanism“ zu beobachten sind. Genau dort, im Alltag, wird Interkulturalität permanent ausgehandelt. Und an den Ergebnissen kann man dann ansetzen, wenn es darum geht, der kommenden Gemeinschaft eine symbolische Form zu verleihen.

Kann aus solchen Plattformen, wie Sie sie beschreiben, eine gesellschaftliche Kraft werden?

Die Schweiz hat trotz ihrer langen Einwanderungsgeschichte stets verhindert, dass die so genannten „Ausländer“ zu gleichberechtigten Bürgern wurden. Und seltsamerweise haben die progressiven Kräfte in der Gesellschaft nie breit darauf reagiert. Im gesamten deutschsprachigen Raum gab es nie so etwas wie eine wahre Bürgerrechtsbewegung. Wir müssen verstehen, dass es hier nicht um blosse Verwaltungsfragen geht. Die Regelungen zur Staatsangehörigkeit, zum Aufenthalt und eben zu den politischen Rechten betreffen das elementare Selbstverständnis des Gemeinwesens, in dem wir leben. Es wundert mich deshalb immer wieder, dass eine 10.000 Kilometer entfernte Atomkatastrophe - so schlimm sie ist - mobilisierungsfähiger ist als diese absolut basalen demokratischen Fragen.

Das Gespräch führte die Künstlerische Leitung

## Statements

In Vorbereitung der Demokratie-Konferenzen wurden verschiedene Repräsentanten der St. Galler Bevölkerung um Stellungnahmen gebeten. Hier drei Auszüge:

Eine Gesellschaftspolitik die ausschliesslich von der „alt-ingesessenen Bürgerschaft“ ausgeht, ist überholt und realitätsfremd. Es braucht eine Gesellschaftspolitik, die von der „anwesenden“ Bevölkerung ausgeht. Die Anwesenden prägen das Leben in der Stadt. Und schlussendlich geht es darum, dass alle anwesenden Menschen einen gesellschaftlichen Beitrag leisten können.

Gerade weil die Ausländerdebatte eine mediale und polemische Debatte ist, braucht es beständige Symbole, die sich positiv zu Humanität und zu einer vielfältigen Gesellschaft äussern. Es braucht aber auch Modelle, die aufzeigen, wie gesellschaftliche Vielfalt konstruktiv gemanagt und reflektiert werden kann. Denn es gilt ebenso zu akzeptieren, dass Vielfalt und Fremdes in der Bevölkerung Ängste auslöst.

**Peter Tobler,**  
Integrationsbeauftragter der Stadt St.Gallen

Die Schweiz bürgert jährlich gegen 50'000 Personen ein, und die Tendenz ist steigend. Das Problem einer drohenden Oligarchie stellt sich also nicht. Auch Nicht-Schweizer, die gut integriert sind und den Willen zur Teilnahme haben, können sich am politischen Prozess beteiligen – über das Petitionsrecht, das Vernehmlassungsverfahren und die Mitgliedschaft in Verbänden, Vereinen oder Parteien.

Ich sehe keinen Grund, im Kanton St.Gallen etwas wie das Wappen zu ändern oder Quotenregelungen einzuführen. Wir haben so viele Werte wie die individuelle Freiheit, die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und die Volksrechte, auf die wir stolz sein können.

**Lukas Reimann,**  
Nationalrat Kanton St. Gallen (SVP)

**Diskutieren Sie mit!**

**Werden Sie aktiv!**

**Unsere Demokratie geht uns alle an!**

Eine echte „Herrschaft der Bevölkerung“ sollte das Ziel sein. Wer Steuern zahlt, soll auch entscheiden können. Heute haben wir auf der einen Seite die stimmberechtigte schweizerische Bevölkerung und auf der anderen Seite all jene, die von der politischen Mitsprache ausgeschlossen sind. Die Anliegen der Ausgeschlossenen werden ins Abseits gedrängt. Man weiss überhaupt nicht, was diese Menschen denken, welche Bedürfnisse sie haben und mit welchen Problemen dieser gesellschaftliche Teil konfrontiert ist.

Auch die griechische Demokratie im Zeitalter des Perikles war eine geschrumpfte Demokratie, als sie ihren höchsten Stand erreichte. Die Sklaven waren in jeglicher Hinsicht ausgeschlossen.

**Vica Mitrovic,**  
Stadtparlamentarier St. Gallen (SP)

## Künstlerische Leitung: IIPM



Das IIPM – INTERNATIONAL INSTITUTE OF POLITICAL MURDER, gegründet im Jahr 2007 mit Sitz in der Schweiz und in Deutschland, ist ein international tätiges Künstler- und Forschernetzwerk. In In- und Ausland bekannt wurde das IIPM mit „Die letzten Tage der Ceausescus“ (2009/10), einer Reinszenierung des Schauprozesses gegen das rumänische Diktatorenehepaar Ceausescu. Die Produktion, die u. a. fürs Berliner Theatertreffen und den Prix de Soleure nominiert und ans Festival d'Avignon eingeladen wurde, hatte einen Gerichtsprozess des letzten lebenden Sohnes der Ceausescus gegen das IIPM zur Folge, der immer noch nicht abgeschlossen ist.

Für viel Aufsehen sorgte auch „Land of Hope“ (2010), das die Ansiedlung von 500'000 palästinensischen Familien in demographisch schrumpfenden Regionen Europas (Oderregion etc.) zur Diskussion stellte. Neben „City of Change“ arbeitet das IIPM an zwei weiteren Projekten von gesellschaftspolitischer Brisanz: an einem Reenactment der Moskauer Prozesse (UA Nationaltheater Weimar 2012, in Zusammenarbeit mit Memorial Russland) und an „Hate Radio“, einem Theater-/Filmprojekt zur Rolle des Senders RTLM im ruandischen Genozid 1994 (UA Kunsthaus Bregenz/HAU Berlin 2011, in Zusammenarbeit mit dem Kigali Memorial Center).

Neben den Aktionen im Mai 2011 wird zu „City of Change“ ein umfangreicher Theorie- und Materialienband erscheinen. Ein Film, der die Vorbereitungen und den Verlauf des Projekts dokumentiert, wird Ende Juni auf dem Festival Belluard Bollwerk International in Fribourg (CH) uraufgeführt werden und später auf weiteren Festivals zu sehen sein.

[www.international-institute.de](http://www.international-institute.de)

## Government of Change

**Interimspräsidium** Alexandre Pelichet  
**Propagandaministerium** Andrea Haller  
**Justizministerium** Diana Dengler

Die Kultur-, Sport- und Wirtschaftsministerien werden per Wahlmaschine ab dem 12. Mai besetzt.

**Kabinettssekretariat** Milo Rau und Marcel Bächtiger  
**Amt für Theorie** Rolf Bossart  
**Amt für Inhaltliche Koordination** Karoline Exner  
**Amt für Bau** Peter Nolle  
**Amt für Gestaltung** Nina Wolters  
**Amt für Musik** Marc Jenny  
**Amt für Gesang** Raoul Alain Nagel  
**Zentrale Organisationsstelle** Stefan Kraft

## Gäste

**Gülcan Akkaya**, Luzern, Projektleiterin und Dozentin am Institut für Soziokulturelle Entwicklung an der Hochschule Luzern.

**Timon Beyes**, Berlin, Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler, momentan Leiter des Forschungsprojekts „Fernsehen 2.0“ an der Universität Lüneburg.

**Daniel Binswanger**, Zürich, Journalist, Redaktor „Magazin“ und Moderator „Salongespräche“ am Theater am Neumarkt.

**Balthasar Glättli**, Zürich, Gemeinderat (Grüne), ehem. Geschäftsführer „Solidarité sans frontières“.

**Philipp Gut**, Zürich, stellvertretender Chefredaktor und Inlandchef „Weltwoche“.

**Gottlieb F. Höpli**, St. Gallen, Journalist, Autor, Präsident des „Vereins Medienkritik Schweiz“ und bis 2009 Chefredaktor „St. Galler Tagblatt“.

**Kurt Imhof**, Zürich, Professor für Publizistik und Soziologie an der Universität Zürich.

**Beda Meier**, Wil, Leiter Koordinationsstelle für Integration Kanton St. Gallen.

**Saida Keller-Messahli**, Zürich, Präsidentin „Forum für einen fortschrittlichen Islam“.

**Karin Keller-Sutter**, Wil, Regierungsrätin St. Gallen (FDP), Sicherheits- und Justizdepartement.

**Vica Mitrovic**, St. Gallen, Politologe, Mitglied Stadtparlament (SP).

**Robert Pfaller**, Wien, Ordinarius für Philosophie an der Universität für Angewandte Kunst Wien.

**Lukas Reimann**, St. Gallen, Nationalrat (SVP), Mitinitiator der „Minarett-Initiative“.

**Mark Terkessidis**, Berlin, Journalist, Autor und Migrationsforscher, zuletzt erschienen „Interkultur“ (Suhrkamp 2010)

**Florian Vetsch**, St. Gallen, Autor, Übersetzer und Herausgeber amerikanischer und deutscher Beatliteratur.

**Cédric Wermuth**, Baden (AG), Vizepräsident der SP Schweiz.

## Kontakt

### City of Change / Government of Change

mail@city-of-change.ch  
0041 (0) 79 5305332  
0041 (0) 71 242 05 17  
www.city-of-change.ch

Ab 20. Mai 2011 vor Ort:  
Lokremise  
Grünbergstrasse 7  
9000 St. Gallen

### International Institute of Political Murder

mail@international-institute.de  
0049 (0) 177 333 64 11 (Leitung)  
0041 (0) 79 783 81 88 (Embassy Zürich)  
0041 (0) 77 442 27 38 (Embassy St. Gallen)  
www.international-institute.de

### Theater St. Gallen

Brigitte Herrmann  
b.herrmann@theatersg.ch  
0041 (0) 71 242 05 13  
www.theatersg.ch



Theater St. Gallen

CITY OF CHANGE ist ein Projekt des International Institute of Political Murder (IIPM) und des Theaters St. Gallen.

In Zusammenarbeit mit: Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), Universität St. Gallen (HSG), Erfreuliche Universität St. Gallen (Palace).

Palace

Z

hdk

Zürcher Hochschule der Künste